
376/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 24.04.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein, Dr. Karlsböck
und weiterer Abgeordneter

betreffend Brustkrebs-Früherkennungsprogramm

Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung der Frau. Mit dem neuen Früherkennungsprogramm soll Brustkrebs früh entdeckt werden, um ihn mit bestmöglichstem Erfolg behandeln zu können. Die mit dem neuen Brustkrebs-Früherkennungsprogramm verbundene Beschränkung der kostenlosen Mammographie auf zwei Jahre sowie auf spezielle Altersgruppen von Frauen wirkt jedoch diesem Ziel klar entgegen.

Aktuelle Zahlen in diesem Zusammenhang zeigen, dass sich die Situation spürbar verschlechtert hat. In den vergangenen drei Monaten seit Beginn des Brustkrebs-Früherkennungsprogramms ist die Zahl der Untersuchungen dramatisch zurückgegangen. Nur zehn Prozent der kontaktierten Frauen haben das Einladungsschreiben zur Mammographie angenommen. Es finden bis zu 50 Prozent weniger Untersuchungen statt. Dadurch würden nur halb so viele Frühkarzinome entdeckt werden wie im Vorjahr, führt die Wiener Fachgruppe Radiologie in einem offenen Brief an den Gesundheitsminister an. Sie warnt davor, dass das Brustkrebs-Früherkennungsprogramm nicht funktioniere.

Im Sinne einer tatsächlichen Brustkrebsvorsorge ist es unverständlich, dass Frauen mit einem "falschen Geburtsdatum" eine solche Leistung nur dann in Anspruch nehmen dürfen, wenn Symptome bereits erkannt wurden. Deshalb ist das Vorsorgeprogramm zu erweitern und zu verbessern, um es Frauen zu ermöglichen, unabhängig von ihrem Alter nach einer Überweisung ihres Arztes jederzeit eine kostenlose Mammographie durchführen zu können.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Gesundheit, wird aufgefordert, alle notwendigen finanziellen und organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, damit das derzeit bestehende Brustkrebs-Früherkennungsprogramm erweitert und verbessert wird, damit Frauen jederzeit vorsorglich und unabhängig von ihrem Alter nach Überweisung ihres Arztes eine kostenlose Mammographie durchführen können.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.